

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Pflegepolitik muss auf einer Strategie gründen

Der Landtag stellt fest:

Der rheinland-pfälzische Koalitionsvertrag 2016 bis 2021 geht in den Ausführungen zum Thema Pflege über bestehende und zu erwartende Defizite in diesem Bereich hinweg. Die demografische Entwicklung wird weitreichende Folgen für die pflegerische Versorgung in unserem Land haben. Nur durch rechtzeitige politische Weichenstellungen ist es möglich, den sich stellenden Herausforderungen gerecht zu werden. Auch die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin am 1. Juni 2016 widmete sich der Problematik unzureichend und ließ angemessene Analysen und Perspektiven vermissen.

Die Landesregierung stellt noch in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Situation und Entwicklung der Pflege in Rheinland-Pfalz (Drucksachen 17/1483/1878) es als Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Sozialpolitik dar, eine menschenwürdige, qualitativ hochwertige und wirtschaftliche pflegerische Versorgung der Menschen in unserem Land vorzuhalten und weiterzuentwickeln. Die Erfolgsbilanz dieses erhobenen Anspruchs fällt hingegen durchwachsen aus. Es bedarf deshalb wesentlich verstärkter Anstrengungen im Rahmen einer gezielten Strategie, um die Zukunft der Pflege zu sichern und damit auch die Pflege der Zukunft zu gewährleisten.

Die getroffene Vereinbarung zur Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0 ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings hat die Landesregierung die Dringlichkeit des Problems politisch unterschätzt, setzte nicht ausreichend Prioritäten und entwickelte kein Sofortprogramm mit unmittelbaren Wirkungen für die pflegerische Versorgung.

Der Bund unterstützt die Pflege bereits massiv durch die Pflegestärkungsgesetzgebung. Das Land muss seine Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Maßnahmen wirksam zu ergänzen.

Die Landesregierung betreibt nicht genug Vorsorge, um angesichts der demografischen Entwicklung die pflegerische Versorgung, deren Infrastruktur und ihre Qualität zu sichern.

Das Projekt „Persönlicher Pflegemanager“ belegt exemplarisch, dass in der Pflegepolitik der Landesregierung vieles angekündigt, aber demgegenüber wenig umgesetzt

wird und zudem ein Gesamtkonzept fehlt, dem die einzelnen Maßnahmen stimmig zugeordnet werden.

„Persönliche Pflegemanager“ wurden nach Darstellung der Landesregierung in Drucksache 16/6035 von Ministerpräsidentin Dreyer als ein Projekt für die jetzt laufende Legislaturperiode erläutert. Im Wahlprogramm der SPD Rheinland-Pfalz wurde versprochen, Pflegemanager als Helfer zur Seite im Pflegefall würden ab 2016 schrittweise umgesetzt. Das sollte realisiert werden, indem die Pflegestützpunkte aufgewertet werden. Sie sollten mehr Personal und mehr Kompetenzen bekommen. In ihrer Pressemeldung vom 16. November 2016 stellte die Landesregierung die Einführung Persönlicher Pflegemanager als Schwerpunkt des Haushalts 2017/2018 dar. Damit die Menschen in Rheinland-Pfalz schnell ihren Anspruch auf gute Pflege umsetzen könnten, würden sie künftig von Persönlichen Pflegemanagern unterstützt. Fachkräfte in den 135 Pflegestützpunkten würden dazu Schritt für Schritt zu Persönlichen Pflegemanagern weiterentwickelt. Sie sollten dabei zunächst in ausgewählten Regionen des Landes starten.

Das Projekt steht allerdings noch heute auf dürrtiger Grundlage. Auf Fragen nach der Zahl der Pflegemanager und ihren Einsatzorten gibt es keine Antwort. Noch nicht einmal dazu, in welchen ausgewählten Regionen sie in welcher Anzahl und zu welchem Zeitpunkt mit ihrer Tätigkeit beginnen sollen. Von den gemachten Ankündigungen ist die Umsetzung weit entfernt.

Die Landesregierung hatte sich vorgenommen, im Jahre 2018 schrittweise die Fachkräfte in den Pflegestützpunkten auf der Grundlage eines bis dahin vorliegenden Konzeptes zu Persönlichen Pflegemanagern zu qualifizieren, damit der Einsatz in bis zu sechs ausgewählten Regionen in bis zu 20 Pflegestützpunkten nach und nach beginnen und erprobt werden kann. Im Endausbau soll das Projekt jährlich 4 725 000 Euro kosten. Konzepte zur Mitfinanzierung durch weitere Kostenträger liegen offensichtlich aber nicht vor.

Auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Projekt Persönlicher Pflegemanager (Drucksachen 17/3186/3520) muss die Landesregierung zudem einräumen, dass sich die Kompetenzen der Pflegestützpunkte aus den Bestimmungen des SGB XI ergeben. Neben Auskunft und Beratung zählt hierzu auch die Koordinierung aller für die wohnortnahe Versorgung und Betreuung in Betracht kommenden Hilfsangebote einschließlich der Hilfestellungen bei der Inanspruchnahme der Leistungen und auch die Vernetzung der pflegerischen und sozialen Versorgungs- und Betreuungsangebote. Zwar beschreibt die Landesregierung die bereits gegenwärtigen Leistungen der Pflegestützpunkte insofern zutreffend, zum Mehrwert der Pflegemanager bleibt sie hingegen Antworten schuldig.

Der Mangel an Pflegekräften führt in den ersten Krankenhäusern und Altenheimen zur Schließung von Stationen und zu Belegungsstopps. Dabei gibt es zahlreiche Bewerber für den Pflegeberuf aus dem Ausland, die sich erheblichen bürokratischen Hürden stellen müssen und für die nicht in ausreichender Zahl in Rheinland-Pfalz Lehrgangplätze in den Pflegeschulen für die notwendigen Anpassungsqualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Wir lassen damit dringend erforderliche Potenziale ungenutzt. Dass der Pflegebedarf in der Zukunft zunehmen wird, ist nicht zu bestreiten. Um die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern, braucht Pflegepolitik eine Gesamtstrategie. Die Potenziale der kommunalen Ebene sind dabei von großer Bedeutung. Neue Technologien eröffnen neue Perspektiven. Vorhandene Angebote und Strukturen müssen gestärkt statt durch Modellprojekte infrage gestellt werden. Zusätzliche Wege zur Personalgewinnung müssen genutzt werden. Finanzierungsdefizite dürfen nicht zur Gefahr für die Ausstattung mit Pflegekräften werden.

Der Landtag spricht sich dafür aus:

- die Kommunen zur Sicherung einer flächendeckenden präventiven und aufsuchenden Beratung über das Projekt Gemeindegewinnung^{plus} hinaus mehr als bisher zu unterstützen;

- statt des nach wie vor unklaren Projekts des Pflegemanagers die Pflegestützpunkte insgesamt in ihrer Arbeit durch eine konsequente Fortbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken;
- die Anerkennungshemmnisse im Bereich der Gewinnung ausländischer Pflegekräfte abzubauen und Plätze für die notwendigen Anpassungsqualifizierungen bedarfsgerecht zügig auszubauen;
- die Rahmenbedingungen zur Begutachtung ambulanter Intensivpflege zu verbessern;
- die Telemedizin im pflegerischen Sektor gezielt zu stärken;
- für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz eine auskömmliche Ausstattung zu finanzieren, damit nicht originär für den Personalbereich vorgesehene Mittel für Investitionen eingesetzt werden müssen und
- die Umsetzung der Generalistik in Rheinland-Pfalz zügig und in engem Austausch mit den betroffenen Schulen und Einrichtungen voranzutreiben und sich im Bedarfsfall aktiv in die Lösung praktischer Probleme einzubringen.

Für die Fraktion:
Martin Brandl

